Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

23. August 1978

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein und Flensburg/Westküste. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW). Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Extrablatt
Auflage 3000

Sofortige Einstellung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C.U. Monica!

b.cum. Am Mittwoch und Donnerstag wurde von der Staatsschutzkammer Flensburg der Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen Claus-Udo Monica, presserechtlich Verantwortlicher der Volksmiliz des SRK Flensburg/Westküste eröffnet. Es ist der fünfte Prozeß in einer ganzen Welle von Prozessen gegen die SRK's Holstein und Flensburg/Westküste.

In der Anklage heißt es: „In der Druckschrift wird die Bundeswehr als ein Herrschaftsinstrument der ‚Bourgeoisie' dargestellt. Diese isoliere die Soldaten in der Bundeswehr vom Volk, um sie abzurichten gegen das Volk und für den imperialistischen Krieg. Die Abrichtung erfolge durch „Schinderei und Unterdrückung'. Ferner wird in einem Artikel der Schrift, der sich in abfälliger Weise mit den Ausbildungsmethoden des Oberleutnants Arthur Schmidt befaßt, dieser unter anderem als ‚Imperialistenknecht reinsten Wassers' bezeichnet."

Neben zwei weiteren Leutnants ist dieser Schinder, der innerhalb eines Jahres drei Soldaten zum Selbstmord getrieben hat, Hauptzeuge der Anklage. In der polizeilichen Vernehmung sagte er aus: „Die Zitate – wenn auch in entstellendem Zusammenhang – stimmen. Ich sehe aber weder hierin noch in meinem Offizierssein als solchem einen Grund, mich wegen Ausübung meiner Pflicht als Imperialistenknecht beschimpfen und beleidigen zu lassen. Ich bin kein Imperialist, ich will getreu meinem am 7.8.1969 geleisteten Eid der Bundesrepublik treu dienen und das Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer verteidigen! Hierzu bilde ich deutsche Staatsbürger aus, so gut und gefechtsnah es geht. Ich diene einem Staat, der nachweislich nicht imperialistisch ist. Ich dulde weder, daß dieser Staat als imperialistisch beschimpft wird, noch daß ich wegen meines Dienstes an ihm mit dem beleidigenden Ausdruck Knecht, Imperialistenknecht beleidigt werde."

Gelegenheit zu diesem Nachweis wird der Oberleutnant noch bekommen. Doch soweit ist es noch nicht. Nach zwei Verhandlungstagen ist die Anklageschrift immer noch nicht verlesen worden, das Gericht hat sich noch nicht einmal davon überzeugt, daß der Angeklagte wirklich C.U. Monica ist. „Vom Versuch der Staatsschutzkammer, dem KBW-Mitglied Claus-Udo M. den Prozeß zu machen", heißt die Überschrift zu einem frechen Artikel im Flensborg Avis vom Freitag. Die bürgerliche Presse will

Druck machen und der bürgerlichen Justiz den Rücken für eine schnelle Aburteilung steifen. Zwei Prozeßtage, ohne daß mit der eigentlichen Verhandlung begonnen wurde, so hat dieser Schreiberling festgestellt, das bedeute zwei Tage Propaganda in der Stadt und Festigung des Zusammenschlusses gegen die Wehrkraftzersetzungsprozesse. Die Taktik des Gerichtes ist, in einem nicht öffentlichen Standgerichtsverfahren schnell zu einem hohen Urteil zu kommen. Für die über 50 Besucher des Prozesses werden nur 35 Platzkarten ausgeteilt. Mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen die Staatsschützer in Richterroben zu verhindern, daß weitere 20 Leute den angeklagten Genossen unterstützen. Einziger Erfolg des Gerichts: den ganzen ersten Verhandlungstag wird die Auseinandersetzung um uneingeschränkte Öffentlichkeit geführt. Auf Kundgebungen des SRK Spielmannszuges in der Stadt wird über den Stand des Prozesses berichtet und so werden laufend mehr Leute gewonnen, vor Gericht den Kampf gegen den Prozeß zu unterstützen. Mittags zieht ein Demonstrationszug von 60 Menschen vom Gericht in die Stadt. Die Polizei versucht, den Angeklagten festzunehmen und eine Kundgebung zu zerschlagen. Das mißlingt, stattdessen werden zuletzt mehrere Kundgebungen durchgeführt.

Am zweiten Verhandlungstag versucht das Gericht, eine schärfere Gangart einzuschlagen. Die Prozeßbesucher und die Verteidigung verlangen, daß vor Weiterführung des Prozesses zwei Polizeispitzel in Zivil an die Luft gesetzt werden. Richter Sauer versucht die Situation zu retten und schließt die ganze Öffentlichkeit aus. Die anschließende Räumung durch die Polizei macht deutlich, was den Richter Sauer und die ganze Kammer überhaupt noch in ihren Sesseln sitzen läßt: der Polizeiknüppel. Ein Demonstrationszug durchs Gericht informiert die Gerichtsbeschäftigten. Die Polizei riegelt die Straße zur Stadt ab, die Demonstration biegt in ein Kaufhaus ab. Kundgebungen in der Stadt informieren ständig über den neuesten Stand der Verhandlung. Plakate werden überall verklebt. An einer erneuten Kundgebung über Mittag nehmen über 100 teil. Die Polizei kann nicht verhindern, daß zwei Demonstrationszüge vor das Gericht ziehen und den Prozeß angreifen. Kurz vor 18.00 Uhr, als die Richter sich sicherer fühlen, versuchen sie einen Leutnant als Zeugen vor der Vernehmung in der Hauptverhandlung in Sicherheit zu bringen. „Er fährt in die Karibik und wird morgen vom Vorsitzenden kommissarisch vernommen." Die Verteidigung versucht das zu verhindern. Das Gericht setzt sich inzwischen so offen über seine eigenen Gesetze hinweg, daß selbst der Staatsanwalt nicht mehr mitmacht. Um 21.00 Uhr wird die Verhandlung wegen „Übermüdung des Gerichts" unterbrochen.

Am Mittwoch, den 23. August, ist der nächste Prozeßtermin. Fast 30 Resolutionen aus Betrieben, Gewerkschaftsgruppen, Bürgerinitiativen und anderen Zusammenschlüssen sind bisher gefaßt worden. Die Zeit bis Mittwoch kann gut genutzt werden, durch Aktionen und weitere Beschlüsse den Zusammenschluß zu vergrößern und den Druck für Einstellung des Prozesses noch erheblich zu verstärken.



„Der moderne Staat kann sich zu seinem Schutz nicht auf die klassischen und teilweise überholten Hochverratsvorschriften beschränken. Er bedarf neuer Schutzvorschriften, die seine Verteidigungslinien vorverlegen."

Zur Anwendung dieser Gesetze ist es nötig, „besonders hochwertige Richter für diese Aufgabe zu finden, die nicht jedem liegt". Dr. Rotberg, Sprecher des Justizministeriums.

Fortführung des Prozesses gegen C.U. Monica· Mittwoch, 23.8.78, 9.00 Uhr, Landgericht Flensburg, Südergraben 22, Zimmer 58

Der KBW ruft auf zur Kundgebung gegen die Prozesse um 16.00 Uhr, bei Karstadt.

Bundeswehr 1956: Von Anfang an zur Unterdrückung der Volksmassen und für Weltherrschaftspläne aufgebaut

§89 StGB: Jegliche Propaganda gegen die Armee wird unterdrückt

Die Niederlagen, die die deutsche Mo-
der sich in abfälliger Weise mit den Ausbildungsmethoden des Oberleutnants Arthur Schmidt befaßt, dieser unter anderem als ‚Imperialistenknecht reinsten Wassers' bezeichnet."

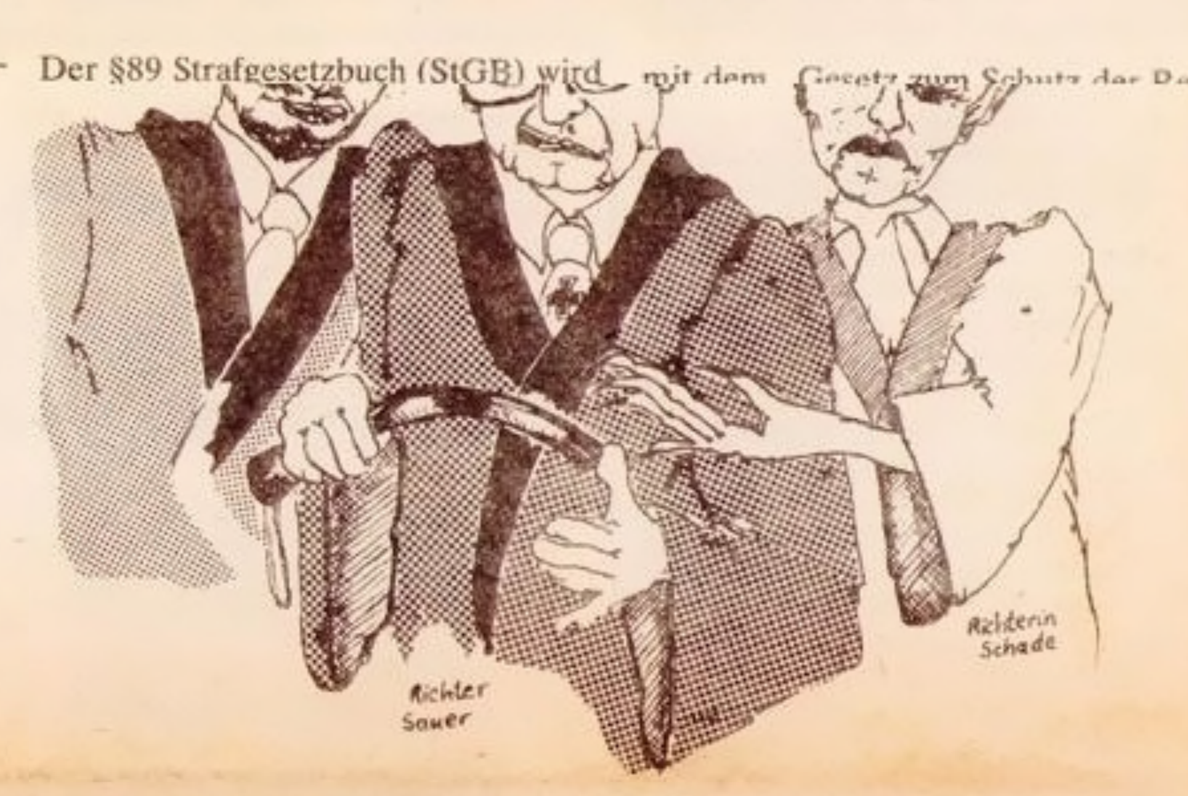
Neben zwei weiteren Leutnants ist dieser Schinder, der innerhalb eines Jahres drei Soldaten zum Selbstmord getrieben hat, Hauptzeuge der Anklage. In der polizeilichen Vernehmung sagte er aus: „Die Zitate – wenn auch in entstellendem Zusammenhang – stimmen. Ich sehe aber weder hierin noch in meinem Offizierssein als solchem einen Grund, mich wegen Ausübung meiner Pflicht als Imperialistenknecht beschimpfen und beleidigen zu lassen. Ich bin kein Imperialist, ich will getreu meinem am 7.8.1969 geleisteten Eid der Bundesrepublik treu dienen und das Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer verteidigen! Hierzu bilde ich deutsche Staatsbürger aus, so gut und gefechtsnah es geht. Ich diene einem Staat, der nachweislich nicht imperialistisch ist. Ich dulde weder, daß dieser Staat als imperialistisch beschimpft wird, noch daß ich wegen meines Dienstes an ihm

(ebenda S. 34). Um der revolutionären
Aburteilung steifen. Zwei Prozeßtage, ohne daß mit der eigentlichen Verhandlung begonnen wurde, so hat dieser Schreiberling festgestellt, das bedeute zwei Tage Propaganda in der Stadt und Festigung des Zusammenschlusses gegen die Wehrkraftzersetzungsprozesse. Die Taktik des Gerichtes ist, in einem nicht öffentlichen Standgerichtsverfahren schnell zu einem hohen Urteil zu kommen. Für die über 50 Besucher des Prozesses werden nur 35 Platzkarten ausgeteilt. Mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen die Staatsschützer in Richterroben zu verhindern, daß weitere 20 Leute den angeklagten Genossen unterstützen. Einziger Erfolg des Gerichts: den ganzen ersten Verhandlungstag wird die Auseinandersetzung um uneingeschränkte Öffentlichkeit geführt. Auf Kundgebungen des SRK Spielmannszuges in der Stadt wird über den Stand des Prozesses berichtet und so werden laufend mehr Leute gewonnen, vor Gericht den Kampf gegen den Prozeß zu unterstützen. Mittags zieht ein Demonstrationszug von 60 Menschen vom Gericht in die Stadt.

mit dem Ausbau des NATO-Bündnis-
richtsbeschäftigten. Die Polizei riegelt die Straße zur Stadt ab, die Demonstration biegt in ein Kaufhaus ab. Kundgebungen in der Stadt informieren ständig über den neuesten Stand der Verhandlung. Plakate werden überall verklebt. An einer erneuten Kundgebung über Mittag nehmen über 100 teil. Die Polizei kann nicht verhindern, daß zwei Demonstrationszüge vor das Gericht ziehen und den Prozeß angreifen. Kurz vor 18.00 Uhr, als die Richter sich sicherer fühlen, versuchen sie einen Leutnant als Zeugen vor der Vernehmung in der Hauptverhandlung in Sicherheit zu bringen. „Er fährt in die Karibik und wird morgen vom Vorsitzenden kommissarisch vernommen." Die Verteidigung versucht das zu verhindern. Das Gericht setzt sich inzwischen so offen über seine eigenen Gesetze hinweg, daß selbst der Staatsanwalt nicht mehr mitmacht. Um 21.00 Uhr wird die Verhandlung wegen „Übermüdung des Gerichts" unterbrochen.

Am Mittwoch, den 23. August, ist der nächste Prozeßtermin. Fast 30 Resolutionen aus Betrieben, Gewerk-

Der §89 Strafgesetzbuch (StGB) wird



„Der moderne Staat kann sich zu seinem Schutz nicht auf die klassischen und teilweise überholten Hochverratsvorschriften beschränken. Er bedarf neuer Schutzvorschriften, die seine Verteidigungslinien vorverlegen."

Zur Anwendung dieser Gesetze ist es nötig, „besonders hochwertige Richter für diese Aufgabe zu finden, die nicht jedem liegt". Dr. Rotberg, Sprecher des Justizministeriums.

Fortführung des Prozesses gegen C.U. Monica· Mittwoch, 23.8.78, 9.00 Uhr, Landgericht Flensburg, Südergraben 22, Zimmer 58

Der KBW ruft auf zur Kundgebung gegen die Prozesse um 16.00 Uhr, bei Karstadt.

Bundeswehr 1956: Von Anfang an zur Unterdrückung der Volksmassen und für Weltherrschaftspläne aufgebaut

Die Niederlagen, die die deutsche Monopolbourgeoisie im ersten wie im zweiten Weltkrieg einstecken mußte, haben an der Ausbeuterordnung nichts geändert. Dementsprechend sind die Ziele der Monopolbourgeois dieselben geblieben. Der einzige Unterschied, den wir festhalten müssen, ist der folgende: Die Monopolbourgeoisie, auf Westdeutschland als ihre strategische Basis reduziert, erhebt ihre Ziele nicht offen, nicht als Ziele der Nation, sondern stets nur unter der Maske des Bündnisses, der NATO oder EG.

Nach dem 2. Weltkrieg hatten die westdeutschen Imperialisten keine Position im Reigen der imperialistischen Konkurrenz. Allerdings garantierten die westlichen Alliierten ihnen die Ausbeutung der Arbeiterklasse in Westdeutschland, die der Quell ihrer Macht ist. Die Monopolbourgeoisie setzte darauf, daß die Westalliierten erkennen würden, daß ohne sie an eine Aggression gegen die revolutionäre Entwicklung in Osteuropa nicht zu denken sein würde. Zwischen den Generalstäben der USA, Großbritanniens und Frankreichs fanden im Sommer 1947 erste Gespräche statt, in denen allerdings noch in sehr allgemeiner Form „die Möglichkeit einer westlichen Verteidigung gegen die Sowjetunion erörtert wurde" (F. Thelen, Zur Wiederbewaffnung der BRD 1950-1955, Erlangen 1974, S.14). „Mitte November 1948 hatte Adenauer General a.D. Speidel mit der Erstellung eines Gutachtens über die Möglichkeit der Verteidigung des Gebietes der Westzone beauftragt. Dabei kam Speidel zu einer skeptischen Beurteilung westlicher Bereitschaft, deutsches Territorium zu schützen" (ebenda S. 34). Um der revolutionären Bewegung in Osteuropa große Truppenmassen entgegenzusetzen, um die Konterrevolution in Osteuropa führen zu können, wurde im April 1949 die NATO gegründet. Nach dieser Gründung waren bald alle Generäle für die baldige Wiederbewaffnung Westdeutschlands, weil schließlich Westdeutschland der Vorposten zu Osteuropa ist. Im weiteren Verlauf des Jahres 1950 mußten die US-Imperialisten im Korea-Krieg feststellen, daß sie dem revolutionären Volkskrieg nur mit einigen Hunderttausend Soldaten entgegentreten können und daß nur was zu erreichen ist, wenn Marionettentruppen auf ihrer Seite kämpfen. Diese Erfahrung bewog die US-Imperialisten, ab sofort für eine kräftige Rüstung der europäischen imperialistischen Mächte einzutreten. Eine militärische Auseinandersetzung um Westdeutschland, ohne auch nur auf Marionettentruppen sich stützen zu können, war für die US-Generäle ein Alptraum. Die weitere Zeit ist gekennzeichnet durch die Garantie der Herrschaft der Monopolbourgeoisie durch die US-Besatzertruppen. Während die BRD-Imperialisten nun abwarteten, wie sich das imperialistische Frankreich unter den Schlägen der von Ho Chi Minh geführten Viet Minh Truppen krümmte und Großbritannien an Einfluß auf seine verbliebenen Kolonien verlor, begannen die Vereinigten Staaten heftigen Druck auszuüben, um die unmittelbare Zulassung der BRD-Imperialisten zur NATO zu erzwingen. Am 28.10.1954 wurde auf der Neunmächtekonferenz die BRD dann in die NATO aufgenommen. Sehr eilig hatten es die Imperialisten mit der Wiederbewaffnung Westdeutschlands und mit dem Ausbau des NATO-Bündnisses. Die Völker der Dritten Welt fingen an, in einer breiten Bewegung sich vom Imperialismus zu befreien. Es waren Korea 1951, Ägypten 1956, Tunesien 1956, Lybien 1951, Sudan 1956.

Die westdeutsche Arbeiterklasse hatte zahlreiche Kämpfe in den Jahren nach dem Krieg geführt. Es waren Kämpfe für den besseren Verkauf der Arbeitskraft, wie auch gegen die Eingliederung in das imperialistische Bündnis und die Spaltung der Nation. In den ersten Wahlen nach Gründung der BRD hatte die KPD 1360000 Stimmen gewonnen, obwohl die SPD-Führung zusammen mit der Bourgeoisie und den imperialistischen Besatzungsmächten allerlei Spaltungsmanöver zur Behinderung der Wahl der KPD anstellten. Am 18. Februar 1951 hatte bereits in Essen eine Tagung gegen die Militarisierung und Wiederaufrüstung stattgefunden, an der 1700 Delegierte teilnahmen. Um das Programm der imperialistischen Expansion durchzusetzen, mußte die Bundesregierung mit Erlaubnis der Besatzungsmächte eine 30000 Mann starke Polizeitruppe aufstellen, die sich in 10000 Mann Länderpolizei und 20000 Mann Bundesgrenzschutz gliederte. Über neun Millionen hatten sich in Befragungsaktionen gegen die Wiederbewaffnung ausgesprochen.

Die Polizei wurde zur blutigen Unterdrückung in Marsch gesetzt. Am 1. Mai 1952 wurde auf einer Kundgebung von 30000, vor allem jugendlichen Arbeitern, in Essen auf die Teilnehmer geschossen und der Arbeiter Philipp Müller umgebracht.

§89 StGB: Jegliche Propaganda gegen die Armee wird unterdrückt

Der §89 Strafgesetzbuch (StGB) wird heute geführt unter dem Sammelbegriff der Straftatbestände gegen die Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates. Angeführt sind diese Vorschriften (§§84-91 StGB) im Anschluß an die Hochverratsvorschriften. Historisch ist die „Wehrkraftzersetzung" entstanden aus den sogenannten „klassischen Hochverratstatbeständen", und sie ist das am weitesten gediehene Produkt der imperialistischen Bourgeoisie, die Agitation und Propaganda gegen den imperialistischen Staat schon vom *Willen* her unter Strafe zu stellen.

Im Strafgesetzbuch von 1871 war „Hochverrat" definiert als Unternehmen

„2. die Verfassung des deutschen Reichs oder eines Bundesstaates oder die in demselben bestehende Thronfolge gewaltsam zu ändern
3. das Bundesgebiet ganz oder teilweise einem fremden Staate gewaltsam einzuverleiben oder einen Teil desselben vom Ganzen loszureißen ... (4. entsprechend für das Gebiet eines Bundesstaates)"

Dieser Paragraf hatte für die deutsche Bourgeoisie den Nachteil, daß nur dann eine solche Vorbereitungshandlung strafbar war, wenn das hochverräterische Vorhaben „unmittelbar zur Ausführung gebracht werden sollte". Das Sozialistengesetz vom 22.10.1878 enthob den Reichstag zunächst der Aufgabe, die Hochverratsvorschriften weiter zu verschärfen, da auf Grundlage des Sozialistengesetzes sowieso gegen jeden Zusammenschluß der Arbeiterklasse und des Volkes vorgegangen werden konnte.

In der Weimarer Republik wurde mit dem „Gesetz zum Schutz der Republik" vom 21.7.1922 ein Gesetz verabschiedet, das eine erhebliche Ausweitung der Hochverratsvorschriften brachte und ausdrücklich neben die Bestrafung nach den Hochverratsvorschriften die Bestrafung nach dem Republikschutz stellte. Gleichzeitig wurden die Hochverratsvorschriften verstärkt angewendet. Daß diese Paragrafen hauptsächlich gegen die revolutionären Ziele der KPD gerichtet waren, wie sie im Kaiserreich gegen die Sozialdemokratie gerichtet waren, wird offen eingestanden, indem nämlich „die Vorbereitung eines bestimmten hochverräterischen Unternehmens für die KPD und damit für jede Betätigung für sie bejaht" wurde (Schröder, Der Schutz von Verfassung und Staat im Strafrecht, 1970). Dieses „bestimmte hochverräterische Unternehmen" war nichts anderes als die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

„Beseitigung der verfassungsmäßigen Herrschaft des ganzen Volkes durch die Errichtung einer Diktatur, sei es einzelner Personen oder einer einzelnen Volksklasse, so des Proletariats" (Ohlshausen, Kommentar zum StGB für das Dt. Reich, 11. Auflage 1927).

Noch bevor in den „Reformentwürfen für das StGB" der Weimarer Republik die „Wehrkraftzersetzung" als Straftatbestand direkt auftauchte, hatte das Reichsgericht die Zersetzungstätigkeit gegenüber Reichswehr und Polizei als Vorbereitung des Hochverrats bestraft.

Im Entwurf zur Änderung des StGB von 1927 tauchte die „Wehrkraftzer-

Fortsetzung auf S. 3

Resolutionen gegen die Prozesse

Komitee gegen §218, Kiel

Am 16.8.78 hat in der Flensburger Staatsschutzkammer der Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen der „Volksmiliz", der Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Flensburg/Westküste, begonnen. Schon vorher hat die Bourgeoisie mit ihren Hilfsganoven Richter Sauer und den Staatsanwälten drei Kollegen abgeurteilt, weil sie presserechtlich verantwortlich für die „Volksmiliz" gezeichnet haben.

Wir finden es dagegen völlig richtig, wenn in der „Volksmiliz" das ganze Schindersystem und die wachsenden Kriegsvorbereitungen angegriffen werden und die Forderung nach Volksbewaffnung, Lohnfortzahlung für W15 und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten erhoben werden. Die Wehrpflichtigen werden in der Armee beim Prinzip von Befehl und Gehorsam auf Hungersold gehalten. Wir wissen, daß es den Wehrpflichtigen z.B. überhaupt nicht möglich ist, mit lächerlichen 195 DM monatlich die Ehefrau, geschweige denn auch ein oder mehrere Kinder zu ernähren und großzuziehen. Was Sie, Richter Sauer, im Namen der Imperialisten erreichen wollen, ist die Zerschlagung der SRKs und der Soldatenbewegung, damit die Bundeswehrtruppen reibungslos marschieren gegen die Arbeiter und Volksmassen hier im Land, um die Ausbeutung aufrechtzuerhalten, ebenso gegen fremde Länder zur Eroberung neuer Gebiete. Daß das nicht freiwillig geht, sondern nur durch brutalste Unterdrückung, das können viele Soldaten belegen. Genauso ist der §218 eine Waffe der Bourgeoisie zur umfassenden Unterdrückung der Volksmassen. Und nicht zuletzt ist dieses Gesetz auch immer in der Geschichte vor allem vor den beiden letzten Weltkriegen ein Anzeiger für die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten gewesen.

Wir fordern: Sofortige Aufhebung der Urteile gegen R. Lötzer, V. Block und Martin Schöttler! Sofortige Einstellung der Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees! Gewerkschaftliche und politische Freiheiten in der Armee! Sofortige Herstellung der uneingeschränkten Öffentlichkeit!
(verabschiedet am 16.8. von 6 Anwesenden der Arbeitsgruppe Kiel)

Institutsgruppe Pharmazie

An die Große Strafkammer des Landgerichts Flensburg, Südergraben Zur Kenntnissnahme an die Rechtsanwälte Liebe und Otten, an das SRK Flensburg und an die Redaktion der Kommunististischen Volkszeitung, Kiel

Zur Zeit wird eine ganze Reihe von Prozessen gegen die SRKs Holstein und Flensburg/Westküste von Ihnen betrieben. Urteile, die wir nicht akzeptieren können, sind schon gefällt worden.

Über die Unterdrückungsmethoden, die in der Bw angewendet werden, um den gesamten Militärapparat mitsamt seinen

umfassenden Unterdrückung der Volksmassen. Und nicht zuletzt ist dieses Gesetz auch immer in der Geschichte vor allem vor den beiden letzten Weltkriegen ein Anzeiger für die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten gewesen.

Wir fordern: Sofortige Aufhebung der Urteile gegen R. Lötzer, V. Block und Martin Schöttler! Sofortige Einstellung der Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees! Gewerkschaftliche und politische Freiheiten in der Armee! Sofortige Herstellung der uneingeschränkten Öffentlichkeit!
(verabschiedet am 16.8. von 6 Anwesenden der Arbeitsgruppe Kiel)

Institutsgruppe Pharmazie

An die Große Strafkammer des Landgerichts Flensburg, Südergraben Zur Kenntnissnahme an die Rechtsanwälte Liebe und Otten, an das SRK Flensburg und an die Redaktion der Kommunististischen Volkszeitung, Kiel

Zur Zeit wird eine ganze Reihe von Prozessen gegen die SRKs Holstein und Flensburg/Westküste von Ihnen betrieben. Urteile, die wir nicht akzeptieren können, sind schon gefällt worden.

Über die Unterdrückungsmethoden, die in der Bw angewendet werden, um den gesamten Militärapparat mitsamt seinen
Soldaten auf Schuß zu bringen, um mit ihm einen Krieg zu führen oder ihn gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen, wird schon lange offen gesprochen. Augenscheinlich ist es den Herrschenden ein Dorn im Auge und hindert sie an der Durchsetzung ihrer Absichten, wenn von den SRKs diese Absichten aufgedeckt und angegriffen und besondere Exemplare der Schinderei offen benannt werden, wie dies unter anderem im Prozeß von C. U. Monica der Fall ist

Wir fordern Sie hiermit auf, die Verfahren gegen die SRKs einzustellen, und die bisherigen Urteile gegen R. Lötzer, V. Block und M. Schöttler aufzuheben.

Wir versichern hiermit, daß wir alle Bestrebungen unterstützen werden, um einen imperialistischen Krieg und die Ausrichtung des gesammten Militärapparats (wie dies mit der Sanitätsreform in Schleswig-Holstein versucht wurde) zu verhindern.

Hochachtungsvoll, 4 Mitglieder der Institutsgruppe Pharmazie der CAU Kiel, i.A. der Fachtagungssekretär der VDS, Pharmazeutisches Institut, Gutenbergstr. 76, Kiel

Fachvertretung Geographie

Eine weitere Resolution schickten 2 Mitglieder der Fachvertretung Geographie der Universität Kiel an die Richter der I. Großen Strafkammer. Sie fordern „sofortige Einstellung des Prozesses gegen Claus Udo Monica" und sprechen sich für folgende Forderungen aus: Kündigungsrecht! Volksbewaffnung! Raus aus der NATO! Abzug aller fremden Truppen! Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges!

Wer muß hier angeklagt werden

Die Anklage der Staatsschutzkammer Flensburg

Was die Imperialisten an der Volksmiliz und an der Tätigkeit der SRKs so fürchten, wird am klarsten an den Zitaten, die sie ihren Henkersknecht Staatsanwalt Jäger in der Anklage aus der Volksmiliz auswählen ließen: Daß die Unterdrückung in der Armee unter dem Prinzip „Befehl und Gehorsam" enthüllt wird, daß ihre Expansionsabsichten in Richtung Osten und ihre Interventionsabsichten in Ländern der 3. Welt angegriffen werden und daß die Vorbereitungen der Blutsauger zur Unterdrückung von Aufständen gegen ihre Blutsaugerherrschaft vor der Arbeiterklasse und dem Volk enthüllt wird, daß schließlich die Soldatenbewegung sich mit der Arbeiterbewegung zusammenschließen könnte, um dieser Herrschaft ein für allemal ein Ende zu bereiten. Es folgen wörtliche Zitate aus der Anklageschrift des Staatsanwalts Jäger an die I. Große Strafkammer:

„Den Claus Udo Monica ... klage ich an ... durch dieselbe Handlung a) auf Angehörige der Bundeswehr planmäßig eingewirkt zu haben, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der BRD und/oder der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen die Sicherheit der BRD und gegen Verfassungsgrundsätze eingesetzt zu haben,

b) einen anderen beleidigt zu haben."

„... In der Druckschrift (‚Volksmiliz' d.Red.) wird die Bundeswehr als Instrument der ‚Finanzkapitalisten' bezeichnet, ‚die sich ihrer zur Vorbereitung ihrer imperialistischen Raubzüge' bedienten. Die Armee könne nur durch Schikane und durch Unterdrückung der Soldaten einsatzfähig für ihre ‚aggressiven' Ziele gehalten werden. ‚Unterdrückung und Terror in der Bundeswehr' würden ‚erst fallen, wenn die Kapitalistenklasse gestürzt' sei und wenn ‚die Arbeiterklasse die Diktatur des Proletariats' errichte ‚und den Sozialismus aufbaue'. Ferner wird in einem Artikel der Schrift, der sich in abfälliger Weise mit den Ausbildungsmethoden des Oberleutnants Arthur Schmidts befaßt, dieser u.a. als ‚Imperialistenknecht reinsten Wassers' bezeichnet. Vergehen, strafbar nach §§ 89 Abs.1, 185, 52 StGB."

„Dem Angeschuldigten ... kam es ... ersichtlich darauf an, die Soldaten der Bundeswehr von der Erfüllung ihres Auftrags abzubringen, die äußere und die innere Sicherheit der BRD zu schützen. Dies ergibt sich u.a. aus folgenden Stellen der Schrift:

‚Die Imperialisten in Ost und West lassen ihre Truppen aufmarschieren, um sich von der Schlagkraft ihrer bewaffneten Formationen zu überzeugen und gleichzeitig den imperialistischen Konkurrenten einzuschüchtern. Außerdem soll versucht werden, mit diesen in der Öffentlichkeit gemachten großen Waffenschauen die Arbeiterklasse und das Volk für einen neuen Raubzug zu gewinnen.' (S.1 der Druckschrift) ...

‚Wir erfahren tagtäglich am eigenen Leibe, daß wir in der Bw nicht „die Freiheit und das Recht des deutschen Volkes tapfer verteidigen", sondern das Recht und die Freiheit der Kapitalisten, gegen den Willen des des Volkes und für ihre Konkurrenz- und Eroberungspläne Kernkraftwerke zu bauen'. (Bl. 6 der Druckschrift)

‚In der Grundausbildung ist die Schikane und Unterdrückung der Soldaten durch verschärften Haarappell, durch peinlichst genaue Spintkontrollen, durch den Zapfenstreich um 22.00 Uhr besonders scharf. Der Wille der jungen Rekruten soll gebrochen werden. Wofür der Wille gebrochen werden soll, für welche Ziele die Rekruten der 3./381 vor einiger Zeit in der Briesen-Kaserne unter Kontrolle von Oberleutnant Schmidt einüben mußten:

"Wolken ziehn in dunkler Nacht so fern der Heimat hin – stolz steh ich für Deutschland Wacht und froh ist stets mein Sinn – an allen Grenzen steht das grüne Heer – in der Heimat wohnt ein Mädel, das lieb ich so sehr." Wir sollen also singen und uns darauf einstellen, daß wir „fern der Heimat" liegen ... Es gilt, die Absichten, die die Finanzkapitalisten in ihren Liedern formulieren, ernst zu nehmen ...". (Bl.14 d. Druckschrift)."

„Kampfsau" Schmidt bestätigt, daß er ein Imperialistenknecht ist

Dem jungen Soldaten soll verdeutlicht werden, was passiert, wenn er den anstürmenden Feind *nicht* mit der Schußwaffe erledigt hat ... Wir sind nun mal bei der Kampftruppe.

zu Zeilen 14-23 („der Feind muß vernichtet werden").



Der Kronzeuge der Anklage

Die bundeswehr-offizielle Bezeichnung für einen militärischen Gegner a) gefangen genommen oder b) kampfunfähig gemacht oder c) getötet (vernichtet). ...

Der Spitzname „Kampfsau" ist mir zwar nicht bekannt, wäre aber – wenn ich ihn trüge – für mich keine Schande. „Kampfsau" bedeutet im BW-Jargon besonders harter Kämpfer, Kämpfer-Natur.

Zu dem Lied „Wolken ziehn ..."
Dieses Lied steht im offiziellen Liederbuch der Bundeswehr (Hell klingen unsere Lieder) auf Seite 34.

Schluß: Die Zitate – wenn auch in entstellendem Zusammenhang dargestellt – stimmen. Ich sehe aber weder hierin – noch in meinem Offizier-Sein als Solchem – einen Grund, mich wegen Ausübung meiner Pflichten als Imperialisten-Knecht beschimpfen und beleidigen zu lassen. Ich bin kein Imperialist. Ich will getreu meinem am 7.8.1969 geleisteten Eid – ...der Bundesrepublik Deutschland treu dienen und das Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer (zu) verteidigen. Hierzu bilde ich deutsche Staatsbürger aus, so gut und so gefechtsnah es geht. Ich diene einem Staat, der nachweislich nicht imperialistisch ist. Ich dulde weder, daß dieser Staat als imperialistisch beschimpft wird, noch daß ich wegen meines Dienstes an ihm mit dem beleidigenden Ausdruck „Imperialistenknecht' beleidigt werde."

Aus dem polizeilichen Vernehmungsprotokoll des Olt. Schmidt. (Die Zeilenangaben beziehen sich auf den Artikel in der angeklagten Volksmiliz).

„Auf Vorladung erscheint der Olt. der Bundeswehr Arthur Schmidt, geb. 27.10.1949 in Dormagen, wohnhaft in Flensburg-Weiche, Pellwormer Weg 9, Dienstanschrift: 3./JgBtl. 381, Briesen-Kaserne, Fl.-Weiche und sagt folgendes aus:

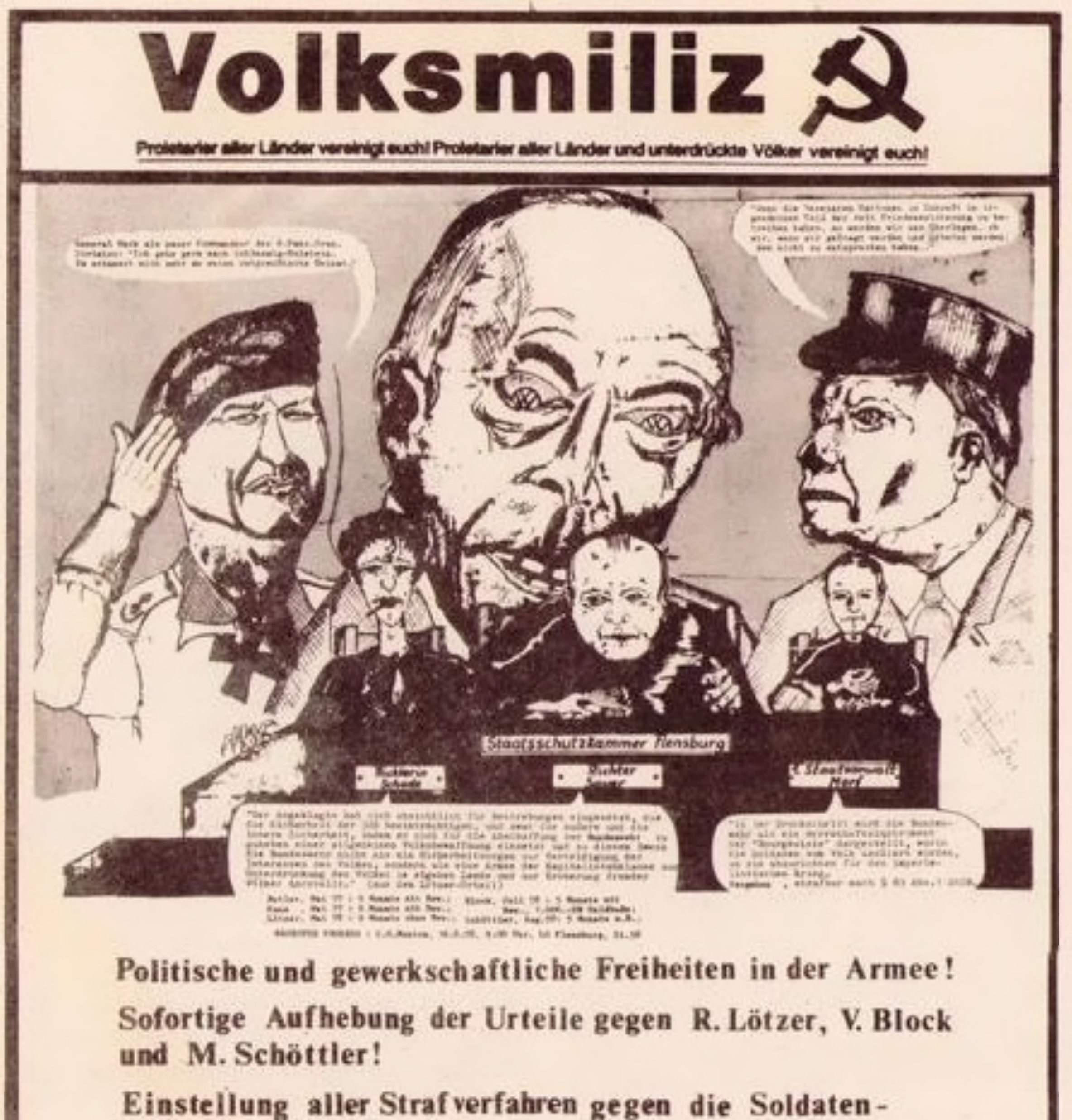
Zu Zeilen 8 und 11: Der Feind muß niedergehauen werden; „Man ziehen Sie doch den Spaten und hauen Sie den Feind nieder."

Stimmt. Die betreffende Maschinenpistolenübung verläuft in mehreren Phasen. Grundgedanke ist die Abwehr anstürmenden Infantriefeindes. Phase 1: auf 100 m, Phase 2: auf 70 m, Phase 3: auf 50 m. Wenn der Soldat mit der MP Feind, der anstürmt, bekämpft, und dabei an der MP eine Ladehemmung bekommt, muß er diese schleunigst beheben. Gelingt ihm dies nicht, kommt es also zum Nahkampf, so stehen dem Soldaten bei Ausfall der Schußwaffe als weitere Verteidigungsmöglichkeiten noch der Klappspaten sowie das Kampfmesser zur Verfügung.

Da die Ausbildung gefechtsnah durchzuführen ist, pflege ich Schießübungen – zumal die angegebene – mit entsprechenden Gefechtseinlagen zu verdeutlichen. *Etwa so:* „Feind auf 100 m – Feuer! Feind auf 70 m – den Linken haben Sie noch nicht getroffen! Feind auf 50 m, kein Treffer – Ladehemmung beseitigen. Achtung! Feind bricht in die eigene Stellung: Klappspaten frei, hauen Sie damit den Feind nieder!"

Oberleutnant Schmidt, das Soldaten- und Reservistenkomitee hat Sie als Kampfsau und als Imperialistenknecht beschimpft?
Richter Sauer
Staatsschutzkammer
Zu Befehl, eine Kampfsau bin ich, das sind nur die härtesten von uns, aber der Imperialistenknecht, das geht zu weit!
A. Schmidt
Der Kronzeuge der Anklage

fähig gemacht oder c) getötet (vernichtet). ...
Der Spitzname „Kampfsau" ist mir zwar nicht bekannt, wäre aber – wenn ich ihn trüge – für mich keine Schande. „Kampfsau" bedeutet im BW-Jargon besonders harter Kämpfer, Kämpfer-Natur.
Zu dem Lied „Wolken ziehn ..."
Dieses Lied steht im offiziellen Liederbuch der Bundeswehr (Hell klingen unsere Lieder) auf Seite 34.
Schluß: Die Zitate – wenn auch in entstellendem Zusammenhang dargestellt – stimmen. Ich sehe aber weder hierin – noch in meinem Offizier-Sein als Solchem – einen Grund, mich wegen Ausübung meiner Pflichten als Imperialisten-Knecht beschimpfen und beleidigen zu lassen. Ich bin kein Imperialist. Ich will getreu meinem am 7.8.1969 geleisteten Eid – ...der Bundesrepublik Deutschland treu dienen und das Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer (zu) verteidigen. Hierzu bilde ich deutsche Staatsbürger aus, so gut und so gefechtsnah es geht. Ich diene einem Staat, der nachweislich nicht imperialistisch ist. Ich dulde weder, daß dieser Staat als imperialistisch beschimpft wird, noch daß ich wegen meines Dienstes an ihm mit dem beleidigenden Ausdruck „Imperialistenknecht' beleidigt werde."
Aus dem polizeilichen Vernehmungsprotokoll des Olt. Schmidt. (Die Zei-
27.10.1949 in Dormagen, wohnhaft in Flensburg-Weiche, Pellwormer Weg 9, Dienstanschrift: 3./JgBtl. 381, Briesen-Kaserne, Fl.-Weiche und sagt folgendes aus:
Zu Zeilen 8 und 11: Der Feind muß niedergehauen werden; „Man ziehen Sie doch den Spaten und hauen Sie den Feind nieder."
Stimmt. Die betreffende Maschinenpistolenübung verläuft in mehreren Phasen. Grundgedanke ist die Abwehr anstürmenden Infantriefeindes. Phase 1: auf 100 m, Phase 2: auf 70 m, Phase 3: auf 50 m. Wenn der Soldat mit der MP Feind, der anstürmt, bekämpft, und dabei an der MP eine Ladehemmung bekommt, muß er diese schleunigst beheben. Gelingt ihm dies nicht, kommt es also zum Nahkampf, so stehen dem Soldaten bei Ausfall der Schußwaffe als weitere Verteidigungsmöglichkeiten noch der Klappspaten sowie das Kampfmesser zur Verfügung.
Da die Ausbildung gefechtsnah durchzuführen ist, pflege ich Schießübungen – zumal die angegebene – mit entsprechenden Gefechtseinlagen zu verdeutlichen. Etwa so: „Feind auf 100 m – Feuer! Feind auf 70 m – den Linken haben Sie noch nicht getroffen! Feind auf 50 m, kein Treffer – Ladehemmung beseitigen. Achtung! Feind bricht in die eigene Stellung: Klappspaten frei, hauen Sie damit den Feind nieder!"



Volksmiliz

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!



Restloser Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland und Aufhebung aller Überreste des Besatzungsstatus; volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR; Abschluß eines Friedensvertrags mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges, der die bestehenden Staatsgrenzen anerkennt, Westberlin den Status einer freien und unabhängigen Stadt verleiht und die vollen Souveränitätsrechte beider deutscher Staaten und Westberlins garantiert. Austritt aus allen imperialistischen Militärbündnissen und Abzug aller westdeutschen Truppen aus fremden Staaten.

Einstellung aller Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein und Flensburg/Westküste!

Prozeß gegen C.U. Monica: 16.8.78, 9 Uhr Landgericht Flensburg, Südergraben 22

SRK Soldaten- und Reservistenkomitees

Aus den Beweisanträgen der Verteidigung

Die Imperialisten bereiten die Expansion vor und den Einsatz der Soldaten gegen das eigene Volk. Diesem Zweck dient die Unterdrückung in der Armee

„Zum Beweis der Tatsache, 1. daß im Generalstab der Bundeswehr konkrete Pläne für eine militärische Intervention in Ländern der Dritten Welt erarbeitet wurden und noch erarbeitet werden, 2. daß diese Pläne einerseits für eine gemeinsame Intervention der NATO, andererseits für eine Intervention unabhängig von der NATO erarbeitet wurden und werden, 3. daß die Pläne im wesentlichen sich z.Zt. auf das südliche Afrika konzentrieren, 4. daß zur Vorbereitung und politischen Absicherung dieser Interventionspläne das „Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr – Bereich Studien – Berater Seekriegsführung" Anfang 1976 die sog. ‚Kap-Studie' erstellte, 5. daß zur Durchführung dieser Interventionspläne u.a. das Fregattenbauprogramm der Bundeswehr aufgestellt wurde, werden als Zeugen benannt: der Ex-Verteidigungsminister Leber; der Leiter des Amts für Studien und Übungen der Bundeswehr – Bereich Studien – Berater Seekriegsführung, Friedrich-Ebert-Str. 72, 5060 Bensberg; Vizeadmiral und Inspekteur der Marine Günter Luther, zu laden über das Verteidigungsministerium."

„. . .In allen diesen Stellungnahmen wird mehr oder minder offen die Bereitschaft zu einem militärischen Eingreifen im südlichen Afrika gefordert, wenn ‚wirtschaftliche Interessen der BRD' auf dem Spiel stehen. In der „Wehrwissenschaftlichen Rundschau" Nr.5/76 wird dann auch schon untersucht, wie die geographischen Verhältnisse in den Ländern des südlichen Afrika sind und welche Form der Kriegsführung diese Verhältnisse erlauben." „. . .Alles dies belegt, daß die oben aufgestellten Behauptungen richtig sind. Gleichwohl soll das Aufstellen dieser Behauptung eine Untergrabung des Pflichtbewußtseins von Teilen der BW sein. Das Berichten der Wahrheit aber ist mit dem Begriff des ‚Untergrabens' nicht vereinbar. Sollten sich also die oben aufgestellten Behauptungen durch die Zeugen belegen lassen, kann keine Rede davon sein, daß die Bekanntgabe dieser Wahrheiten den Tatbestand des § 89 StGB erfüllt."

„. . .beantrage ich zum Beweise dafür, daß Bundeswehreinheiten des RakArtBtl. Kellinghusen sowie Einheiten aus Itzehoe im Juli 1977 die Besetzung von Bauernhöfen in der Wilstermarsch in einer Manöverübung geprobt haben (vgl. Volksmiliz v.1.9.77), wobei von der Manöverlage ausgegangen wurde, daß diese Bauernhöfe sogenannte Widerstandsnester der Bewegung gegen den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf seien; daß am 24.Januar 1977 der Kommandeur der 6. PzGrenDiv Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit der geplanten Demonstration gegen das Kernkraftwerk Brokdorf einen Befehl an alle Einheiten der Division herausgegeben hat, nach dem der Polizei bzw. dem Bundesgrenzschutz bei deren Einsatz am 19. Februar 1977 grundsätzlich Amtshilfe nach Rücksprache mit der Divisionsführung gewährt werden sollte; . . .die Vernehmung des ehemaligen Kommandeurs der 6. Grenadierdivision Generalmajor Poeppel."

„. . .beantrage ich die Vernehmung des Wehrbeauftragten Berkhan sowie des Bundesministers der Verteidigung Apel als Zeugen. Die Vernehmung der Zeugen wird ergeben,

1. daß der niedrige Wehrsold viele Wehrpflichtige dazu zwingt, ihre Wohnungen aufzugeben, Möbel und anderen Hausrat zu verkaufen, sich im Laufe der Dienstzeit erheblich zu verschulden, sich von der Familie finanziell unterstützen zu lassen, um einer Verschuldung zu entgehen;

2. unter den Wehrpflichtigen die Scheidungsrate, die Auflösung von Verlöbnissen und festen Beziehungen, sowie die Selbstmordquote erheblich über dem Durchschnitt der Bevölkerung liegt, was darauf zurückgeht, . . .daß der niedrige Sold selbst an dienstfreien Wochenenden eine regelmäßige Heimfahrt nicht gestattet; . . .

5. daß die Soldaten gezwungen sind, ca. 30-50% des Wehrsoldes in der Kantine für die eigene zusätzliche Ernährung auszugeben, da von dem täglichen Verpflegungssatz von 4,50 DM weder eine ausreichende noch gesunde noch schmackhafte Verpflegung gewährleistet werden kann.
6. daß auf dieser Grundlage viele Wehrpflichtige nur deshalb das Gelöbnis ablegen, weil sie nur dann den um 50 DM höheren Gefreitensold erhalten;

7. daß die oben benannten Zeugen sich dieser menschenunwürdigen Konsequenzen des Soldsystems vollauf bewußt sind, eine grundlegende Änderung durch Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit jedoch bekämpfen, weil
a. sie dafür eintreten, daß die Arbeitskraft der Wehrpflichtigen billig gekauft werden kann,
b. die auf diese Weise eingesparten Geldmittel (ca. 3-4 Milliarden DM pro Jahr) von der Bundesregierung lieber für Investitionsprogramme und den Ankauf von Waffen ausgegeben wird,
c. ansonsten ein wesentliches Druckmittel zur Verpflichtung als Zeitsoldat entfiele,
d. ansonsten Geld- und Disziplinarbußen ihre drohende und drückende Wirkung nicht voll entfalten könnten,
e. ansonsten eine enge Anbindung der Wehrpflichtigen an die Lohnkämpfe erfolgen würde."

gez. Otten, Rechtsanwalt

Fortsetzung von S. 1 § 89 StGB . . .

setzung" dann erstmals im §88 StGB auf. Eingang in das Strafgesetzbuch fand eine entsprechende Formulierung, nachdem sie seit 1933 bereits in Notverordnungen vorhanden war durch das „Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens" vom 24.4.1934. „§83 StGB erhielt nunmehr folgende Fassung: „Auf Todesstrafe oder lebenslanges Zuchthaus oder auf Zuchthaus nicht unter zwei Jahren ist zu erkennen, wenn die Tat . . . 2. darauf gerichtet war, die Reichswehr oder die Polizei zur Erfüllung ihrer Pflicht untauglich zu machen . . ."

Schon im ersten Strafrechtsänderungsgesetz vom 30.8.1951 wurde ein entsprechender Paragraf wieder ins Strafrecht aufgenommen, zu einer Zeit, als sich in der westdeutschen Arbeiterklasse und den Volksmassen eine große Bewegung gegen die Wiederaufrüstung des westdeutschen Imperialismus entwickelte. Zunächst war dieser Paragraf beschränkt auf „Behördenangehörige, Polizei und Sicherheitsorgane", durch das vierte Strafrechtsänderungsgesetz vom 11.6.1957 wurde auch die inzwischen wieder aufgebaute Bundeswehr einbezogen. Mit dem achten Strafrechtsänderungsgesetz vom 25.6.1968 lautet der §89 StGB:

„(1) Wer auf Angehörige der Bundeswehr oder eines öffentlichen Sicherheitsorgans *planmäßig* einwirkt, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben, und sich absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze *einsetzt*, wird mit Gefängnis bestraft . . ."

Der Kampf des Volkes von Azania gegen die Kolonialherrschaft
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Kühl Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf (256 S., 16 farbige Kartenseiten / 0128 / 12.80 DM)



Kampf um das Programm der Revolution in Deutschland. Der Weg der KPD
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Kühl Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf (284 S., 16 Bilds. / 0125 / 9,20 DM)



Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Kühl Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf (171 S., 70 Tabellen und Schaubilder / 0127 / 8,00 DM)

Resolutionen gegen die Prozesse aus Flensburg

Wir fordern die sofortige Einstellung des Prozesses

An die Staatsschutzkammer des Landgerichts Flensburg und Herrn Richter Sauer!

Am 16. und 17.8. steht Claus Udo Monica vor Gericht. Er soll, wie in den vorigen Prozessen gegen die SRKs, wegen Wehrkraftzersetzung verurteilt werden, nach dem Paragraphen, nach dem auch während des letzten Krieges Soldaten, die sich nicht widerstandslos in den Krieg für die Geldsäcke schicken lassen wollten, zum Tode verurteilt wurden. Wir möchten Ihnen hiermit mitteilen, daß Sie nicht im Namen des Volkes diese Terrorurteile fällen, sondern daß wir dafür sind, daß die Prozesse eingestellt werden.

Die SRKs kämpfen dagegen, daß die Bundeswehr gegen fremde Völker und gegen das eigene Volk eingesetzt wird. Dagegen sind wir auch. Viele Dinge sprechen aber dafür, daß die Bundeswehr gerade das soll. Hier ein Zitat von Bundeskanzler Schmidt, 31.5. im Fernsehen: „Aber wenn z.B. die Vereinten Nationen in Zukunft in irgendeinem Teil der Welt ‚peace-keeping-operations' (‚Friedenssicherung') unternehmen müssen, so wie jetzt im Libanon . . . so werden wir zu überlegen haben, ob wir, wenn wir gefragt und gebeten werden, dem nicht zu entsprechen haben. Wir haben ja auch schon, was die friedenssichernde Operation der Vereinten Nationen im Libanon angeht, geholfen, zwar nicht mit Soldaten, aber mit Transportmitteln, mit Flugzeugen der Bundeswehr."

Oder warum werden Übungen durchgeführt wie: Eine Demonstration zerschlagen von KKW-Gegnern oder eine von Arbeitern besetzte Fabrik stürmen?

Es ist gut, wenn die SRKs diese Informationen verbreiten, sowohl unter den Soldaten als auch im übrigen Volk. Die Soldaten werden bei der Bundeswehr schikaniert und getrietzt, damit sie sich willenlos einsetzen lassen. Es ist gut, wenn die Soldaten den Kampf gegen das Schindersystem in der BW organisieren!

Mit diesen Prozessen, in denen bereits insgesamt 9 Monate ohne Bewährung, 22 Monate mit Bewährung und 1 000 DM Geldstrafe verhängt wurden, soll der Kampf des Volkes gegen erneute Kriegsvorbereitung, als auch der Kampf der Soldaten gegen die Kasernenunterdrückung zerschlagen werden. Wir fordern die sofortige Rücknahme der Urteile gegen Rüdiger Lötzer, Volkmar Block und Martin Schöttler. Wir fordern die sofortige Einstellung des Prozesses gegen C. U. Monica und aller übrigen Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees.
Politische und gewerkschaftliche Freiheiten in der Armee!
(*Unterschrieben von 6 Flensburgern*)

Dieser Prozeß steht in der imperialistischen Tradition des 3.Reiches

5 Flensburger schicken einen weiteren Brief an die Staatsschutzkammer: „Sie (die Staatsschutzkammer, d.Red.) steht dabei ganz in der Tradition der Militärgerichte und Standgerichte der deutschen Faschisten, die damals ‚in den Zeiten der Krise' wie Filbinger offen zugibt, erschie-

wenn ‚wirtschaftliche Interessen der BRD' auf dem Spiel stehen. In der „Wehrwissenschaftlichen Rundschau" Nr.5/76 wird dann auch schon untersucht, wie die geographischen Verhältnisse in den Ländern des südlichen Afrika sind und welche Form der Kriegsführung diese Verhältnisse erlauben." „. . .Alles dies belegt, daß die oben aufgestellten Behauptungen richtig sind. Gleichwohl soll das Aufstellen dieser Behauptung eine Untergrabung des Pflichtbewußtseins von Teilen der BW sein. Das Berichten der Wahrheit aber ist mit dem Begriff des ‚Untergrabens' nicht vereinbar. Sollten sich also die oben aufgestellten Behauptungen durch die Zeugen belegen lassen, kann keine Rede davon sein, daß die Bekanntgabe dieser Wahrheiten den Tatbestand des § 89 StGB erfüllt."

„. . .beantrage ich zum Beweise dafür, daß Bundeswehreinheiten des RakArtBtl. Kellinghusen sowie Einheiten aus Itzehoe im Juli 1977 die Besetzung von Bauernhöfen in der Wilstermarsch in einer Manöverübung geprobt haben (vgl. Volksmiliz v.1.9.77), wobei von der Manöverlage ausgegangen wurde, daß diese Bauernhöfe sogenannte Widerstandsnester der Bewegung gegen den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf seien; daß am 24.Januar 1977 der Kommandeur der 6. PzGrenDiv Schleswig-Holstein im Zusammen-

rung, nachdem sie seit 1933 bereits in Notverordnungen vorhanden war durch das „Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens" vom 24.4.1934. „§83 StGB erhielt nunmehr folgende Fassung: „Auf Todesstrafe oder lebenslanges Zuchthaus oder auf Zuchthaus nicht unter zwei Jahren ist zu erkennen, wenn die Tat . . . 2. darauf gerichtet war, die Reichswehr oder die Poli-

Strafrecht aufgenommen, zu einer Zeit, als sich in der westdeutschen Arbeiterklasse und den Volksmassen eine große Bewegung gegen die Wiederaufrüstung des westdeutschen Imperialismus entwickelte. Zunächst war dieser Paragraf beschränkt auf „Behördenangehörige, Polizei und Sicherheitsorgane", durch das vierte Strafrechtsänderungsgesetz vom 11.6.1957 wurde auch die inzwischen wieder aufgebaute Bundeswehr einbezogen.

cherheitsorgans *planmäßig* einwirkt, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben, und sich absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze *einsetzt*, wird mit Gefängnis bestraft . . ."

Der Kampf des Volkes von Azania gegen die Kolonialherrschaft
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Kühl Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf (256 S., 16 farbige Kartenseiten / 0128 / 12.80 DM)



Kampf um das Programm der Revolution in Deutschland. Der Weg der KPD
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Kühl Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf (284 S., 16 Bilds. / 0125 / 9,20 DM)



Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Kühl Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf (171 S., 70 Tabellen und Schaubilder / 0127 / 8,00 DM)

geführt wie: Eine Demonstration zerschlagen von KKW-Gegnern oder eine von Arbeitern besetzte Fabrik stürmen?

Es ist gut, wenn die SRKs diese Informationen verbreiten, sowohl unter den Soldaten als auch im übrigen Volk. Die Soldaten werden bei der Bundeswehr schikaniert und getrietzt, damit sie sich willenlos einsetzen lassen. Es ist gut, wenn die Soldaten den Kampf gegen das Schindersystem in der BW organisieren!

Mit diesen Prozessen, in denen bereits insgesamt 9 Monate ohne Bewährung, 22 Monate mit Bewährung und 1 000 DM Geldstrafe verhängt wurden, soll der Kampf des Volkes gegen erneute Kriegsvorbereitung, als auch der Kampf der Soldaten gegen die Kasernenunterdrückung zerschlagen werden. Wir fordern die sofortige Rücknahme der Urteile gegen Rüdiger Lötzer, Volkmar Block und Martin Schöttler. Wir fordern die sofortige Einstellung des Prozesses gegen C. U. Monica und aller übrigen Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees.
Politische und gewerkschaftliche Freiheiten in der Armee!
(*Unterschrieben von 6 Flensburgern*)

Dieser Prozeß steht in der imperialistischen Tradition des 3.Reiches

5 Flensburger schicken einen weiteren Brief an die Staatsschutzkammer: „Sie (die Staatsschutzkammer, d.Red.) steht dabei ganz in der Tradition der Militärgerichte und Standgerichte der deutschen Faschisten, die damals ‚in den Zeiten der Krise' wie Filbinger offen zugibt, erschie-ßen und erhängen ließen, wenn jemand diesen Raubkrieg um die Weltherrschaft nicht mehr mitmachen wollte oder dagegen bewußt vorging", heißt es in dem Brief.

Sozialzentrum Flensburg

An die Staatsschutzkammer, Herrn Richter Sauer!

Am 16. und 17. August steht C. U. Monica vor Gericht. Er soll wegen Wehrkraftzersetzung verurteilt werden und zwar nach einem Paragraphen, der dem größten Teil der deutschen Bevölkerung noch vom 2. Weltkrieg in schlechter Erinnerung ist. Damals wurden Soldaten, die nicht widerstandslos in den Krieg ziehen wollten, (denn sie hatten keinen Grund Krieg zu führen, sich für die Bonzen zu opfern und auf ihre Brüder zu schießen) zum Tode verurteilt.

Die SRKs haben in ihren Erklärungen und Veröffentlichungen angegriffen, daß die Bundeswehr sich auf einen Krieg gegen andere Völker und sogar auch gegen die eigene Bevölkerung vorbereitet. Das wird von diesen Komitees eindeutig bewiesen und kann sogar schon dem Geschwätz „unserer" Politiker entnommen werden.

Doch haben Sie in diesem Gerichtsverfahren Beweisanträge dazu stets abgelehnt mit der Begündung, diese seien unerheblich.

Damit wird klar, daß es Ihnen überhaupt nicht um Gerechtigkeit geht – Sie wollen und müssen mit diesen Prozessen den Kampf großer Bevölkerungskreise gegen die Kriegsvorbereitung und den Kampf vieler Soldaten gegen Schikane, Entmündigung und Antreiberei kaputtmachen. Und dafür werden Sie bezahlt!

Wir fordern die sofortige Einstellung dieser Prozesse!
(*Unterschrieben von 4 Flensburgern aus dem Sozialzentrum Flensburg*)

Volksmiliz

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!



Die BRD muß die Anträge der Dritten Welt an die UNO-Generalversammlung akzeptieren und die Beschlüsse der UNO-Generalversammlung einhalten!

Anerkennung der Patriotischen Front von Zimbabwe durch die Bundesregierung !

BRD – Raus aus der NATO

Einstellung aller Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein und Flensburg/Westküste!

Prozeß gegen C.U. Monica: 16.8.78, 9 Uhr Landgericht Flensburg, Südergraben 22

SRK Soldaten- und Reservistenkomitees

Volksmiliz

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!





Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung!

Einstellung aller Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein und Flensburg/Westküste!

Prozeß gegen C.U. Monica: 16.8.78, 9 Uhr Landgericht Flensburg, Südergraben 22

Veranstaltungen: Mittwoch, den 16.8.78, 20 Uhr "Sofortige Einstellung der Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees! Zurücknahme der Urteile gegen R. Lötzer, V. Block und M. Schöttler!" – Mit Berichten über den 1. Tag im Prozeß gegen C.U. Monica.

Kiel: Gaststätte D&R - Krug, Kleiner Kuhberg.
Neumünster: Hotel 'Stadt Rendsburg', Rendsburger Str.
Lübeck: Pizzeria Rialto.
Quickborn: Gaststätte "Holsteiner Hof".
Preetz: 'Schellhorner Berg'
Itzehoe: "Zum Kuhlbecker", Großer Paaschburg.

SRK Soldaten- und Reservistenkomitees

Versorgungsdepot und Flugzeugträger Westküste

b.wik. Mit fieberhafter Eile rüstet sich die westdeutsche Bourgeoisie für den nächsten Krieg der imperialistischen Räuber um die Neuverteilung der Beute. An der Seite des US-Imparialismus hofft sie im Kampf gegen die sozialimperialistische Supermacht zumindest auf „eine Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937". Erweiterung der strategischen Basis, um die eigene Position zu stärken und als europäische Führungsmacht die europäischen imperialistischen Konkurrenten niederzutreten, um unter den Fahnen des vereinten Europas als neue Supermacht die Weltherrschaft erobern zu können. Der schleswig-holsteinischen Westküste hat sie bei ihren Weltherrschaftsplänen die Funktionen eines riesigen Versorgungslagers und Flugzeugträgers zugedacht. Die zahlreichen Depots, im ganzen Kreis Nordfriesland verstreut die Flugplätze in Leck, Schwesing beweisen das. Nützlich ist, sich dabei an das Gründungsfieber zu erinnern, in das die Bourgeoisie verfallen ist, nachdem es ihr durch verschärfte Reaktion gegenüber und Zersetzung innerhalb der Massenbewegung gelungen war, die demokratisch pazifistische Bewegung gegen die Wiederbewaffnung zu schlagen und gestützt auf die US-Besatzer in Windeseile eine neue schlagkräftige Armee des Bürgerkrieges und der Eroberung aufzubauen.

1959 werden die Flugplätze Schwesing, Leck, Eggebeck und Hohn offiziell in Dienst gestellt. Stationiert werden in Schwesing das Jagdbombergeschwader 35, in Leck das Jagdgeschwader 72, in Eggebeck das Aufklärungsgeschwader 35, und in Hohn ein Transportgeschwader. Geplant waren im gesamten Bundesgebiet 8 Jagdbombergeschwader. Damit waren Bedingungen für die weitgesteckten Eroberungspläne der westdeutschen Imperialisten geschaffen, die zunächst die schmerzlichen Verluste des 2. imperialistischen Krieges für die westdeutschen Imperialisten beseitigen sollten. Gegenüber den Anfangsplänen für Schleswig-Holstein bereits eine Übererfüllung. Vorgesehen waren: Marineschule Husum, Grenzlandkaserne Flensburg, Marinenachrichtenschule Flensburg Mürwick, Torpedoschule Flensburg Mürwick, Kaserne Glücksburg, Seefliegerhorst Schleswig, Flakkaserne Rendsburg, Marinenachrichtenschule Alt-Bülk, Fliegerstabskaserne Kiel, Sperrwaffenschule Kiel, Summersethaus Kiel, Fliegerhorst Kiel-Holtenau, Lazarett Kiel-Kronshagen, Fliegerhorst Uetersen. Geradezu bescheiden und auch nur als ersten Schritt gedacht. Mit diesen Plänen zum Aufbau der imperialistischen Armee geht einher die „Einigung über das Problem Oberbefehl, Trennung zwischen Krieg und Frieden" des Unterausschusses, die den Einsatz der Bundeswehr als Bürgerkriegsarmee regelte. „Künftig soll nach den Beschlüssen des Unterausschusses das Militär keine vollziehende Gewalt

ziell in Dienst gestellt. Stationiert werden in Schwesing das Jagdbombergeschwader 35, in Leck das Jagdgeschwader 72, in Eggebeck das Aufklärungsgeschwader 35, und in Hohn ein Transportgeschwader. Geplant waren im gesamten Bundesgebiet 8 Jagdbombergeschwader. Damit waren Bedingungen für die weitgesteckten Eroberungspläne der westdeutschen Imperialisten geschaffen, die zunächst die schmerzlichen Verluste des 2. imperialistischen Krieges für die westdeutschen Imperialisten beseitigen sollten. Gegenüber den Anfangsplänen für Schleswig-Holstein bereits eine Übererfüllung. Vorgesehen waren: Marineschule Husum, Grenzlandkaserne Flensburg, Marinenachrichtenschule Flensburg Mürwick, Torpedoschule Flensburg Mürwick, Kaserne Glücksburg, Seefliegerhorst Schleswig, Flakkaserne Rendsburg, Marinenachrichtenschule Alt-Bülk, Fliegerstabskaserne Kiel, Sperrwaffenschule Kiel, Summersethaus Kiel, Fliegerhorst Kiel-Holtenau, Lazarett Kiel-Kronshagen, Fliegerhorst Uetersen. Geradezu bescheiden und auch nur als ersten Schritt gedacht. Mit diesen Plänen zum Aufbau der imperialistischen Armee geht einher die „Einigung über das Problem Oberbefehl, Trennung zwischen Krieg und Frieden" des Unterausschusses, die den Einsatz der Bundeswehr als Bürgerkriegsarmee regelte. „Künftig soll nach den Beschlüssen des Unterausschusses das Militär keine vollziehende Gewalt

mehr erhalten, sondern nur im äußersten Notfall als „Hilfskraft' der Polizei dem Befehl des Innenministers unterstellt werde, wenn ein innerer Notstand vorliegt. Ein solcher Einsatz soll nur erfolgen, wenn alle anderen Mittel versagen." (Nordfriesische Nachrichten, 13.1.1956)

Wenige Tage zuvor wird das Gesetz über Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung im Entwurf dem Bundestag zugeleitet, das die Zwangsenteignung der Bauern von ihrem Land regelt.

Am 31.1.57 wird die Heeresoffiziersschule eröffnet – aus Furcht vor den Arbeitern vorerst in Husum. Der damalige Kommandeur der Offiziersschule, Brigadegeneral Hansen, zu den von US-Ausbildern geformten künftigen Offizieren: „Und wir lernten drüben, an der Grenze Asiens und Sibiriens, daß nicht nur jeder ein guter Angehöriger seines Volkes sein sollte, sondern sich auch als Angehöriger Europas zu fühlen hat." Um dies nicht erst an der Grenze Asiens am Ural zu lernen, sondern schon vorher, um an der Grenze Asiens nicht halt zu machen, geschweige denn, von dort wieder vertrieben zu werden, beschwört der damalige schleswig- holsteinische Ministerpräsident v. Hassel „den freiheitlichen Geist..., der auch im Osten...nicht untergegangen ist." Aber nicht nur nach Osten treibt es den freiheitlichen Geist der westdeutschen Imperialisten: „Bei seinem Besuch in Nordafrika (hat Verteidigungsminister Strauß) u.a. auch die Möglichkeiten zur Ausbildung deutscher Raketenregimenter in der Sahara geprüft", meldet der SPD-Pressedienst. Helmut Schmidt, ehemaliger Luftwaffenoffizier, damaliger SPD-Bundestagsabgeordneter und heutiger Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der Bourgeoisie ist das zu durchsichtig. Auf einer Veranstaltung in Husum: „Zeitpunkt und Tempo der deutschen Wiederaufrüstung seien falsch. Die SPD wolle aber keine Politik des ‚ohne mich' betreiben. Im Prinzip sind wir schon dafür, denn die SPD habe sich stets mit Sorgfalt und Leidenschaft für die Soldaten eingesetzt." Damit wird er wohl den späteren Luftwaffeninspekteur Kamhuber gemeint haben, der in den USA die schnellsten und besten Jagdflugzeuge der Welt für die deutsche Luftwaffe forderte. Im Grunde genommen auch solche, die es noch gar nicht gab: nämlich Senkrechtstarter. 1959, es ging dann doch nicht so schnell voran mit der „Wiederherstellung des Deutschen Reiches", wie sich die Bourgeoisie das erträumt hatte, werden in einer Studie des Bundesverteidigungsministeriums die Grundsätze der Planung eines dichtmaschigen Militärverkehrsnetzes öffentlich erläutert. „Das militärische Transportwesen wird eine Frontaufgabe sein. Entscheidend ist in diesem Fall die Auflockerung und Tiefenstaffelung des Nachschubes, wozu noch speziell für die BRD die Notwendigkeit einer besonders großen Vorratshaltung kommt. Ein wesentlicher Teil des Nachschubes muß im Gefahrenfalle über See herangeführt werden. Um das Transportsystem möglichst unverwundbar zu machen, ist eine weitgehende Dezentralisierung anzustreben. Ein Nachschub über See dürfte im Gefahrenfalle nicht über Ballungszentren, also große Häfen, erfolgen, sondern müsse sich zu einem großen Teil mittlerer und kleinerer Plätze bedienen. Sogar Notankerplätze und Anlandungen am freien Strand kämen in Frage."

Die schleswig-holsteinische Westküste ist dazu wie geschaffen. Einerseits mit Tönning, Husum, Nordstrand, Dagebüll usw. viele kleine Häfen in einiger Entfernung von den großen Ballungszentren, andererseits durch die flache Küste mit dicht heranführenden Fahrtrinnen die vielfältigsten Notanker- und Anlandungsmöglichkeiten (durch Eindeichung der Nordstrander Bucht noch verbessert) an der ganzen Küste entlang.

Mit den über ganz Nordfriesland verteilten Depots sind die Bedingungen der dezentralisierten Vorratshaltung und des Nachschubumschlags geschaffen worden, die dann von den Flughäfen Leck, Schlesing, Erfde aus den raschen Transport an die Front im Osten ermöglichen. Die Studie verwies sogleich auf den notwendigen Ausbau des Straßennetzes, der dann auch im selben Jahr vom Kreis Nordfriesland in Angriff genommen wurde.

Entscheidende Vorbedingung, die Frontlinie weit im Osten aufzubauen, ist die Schlacht im Atlantik, den die US-Imperialisten fest in ihrer Hand haben müssen, um den Nachschub an Material heranschaffen zu können. Dazu ist die NATO-Nordflanke bedeutsam, die den Zugang und Nachschub der Atlantikflotte der Sozialimperialisten über die Ostsee stoppen und über die Beringsee kappen soll. Die entscheidenden Einsätze der Luftwaffe und Marineflieger werden dabei vom „Flugzeugträger" Schleswig-Holstein aus geflogen.

Die andere Seite der Überlegungen der strategischen Planer der Imperialisten betrifft die Ausnutzung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land. Nicht in erster Linie, weil die Ballungszentren Hamburg und Bremen den Zugriff auf die Nachschubfront für den sozialimperialistischen Konkurrenten erleichtern, sondern aus Furcht vor den Volksmassen und dem bewaffneten Aufstand des Proletariats verlegen sie die Hortung und den Umschlag des Nachschubs auf das flache Land. Aus den Erfahrungen der Pariser Kommune, aus den Erfahrungen der beiden Weltkriege weiß die Bourgeoisie, daß sich die großen Städte in uneinnehmbare Festungen verwandeln, wenn die revolutionären Massen den Krieg der Räuber durch den bewaffneten Aufstand in den Krieg gegen die eigene Bourgeoisie verwandeln. Sie wissen auch, daß allein die von den Bourgeois sogenannten Hungerrevolten die ganze Kriegsmaschinerie ins Stocken bringen können, wenn die dafür notwendigen Vorräte in den Ballungszentren lagern.

Ebensolches gilt für die Flugplätze als Startbahnen der Luftwaffe für Feindeinsätze und für Ladeplätze für Soldaten und Material. Gegenwärtig wird der Flugplatz in Leck verstärkt. Das leichte Kampfgeschwader 41 aus Husum, derzeit noch mit veralteten Fiat G 91 ausgerüstet, wird auf Alpha Jet umgerüstet. Beim Tag der offenen Tür der Marineflieger in Jagel ist voller Stolz die Tornado vorgeführt worden, die, wie über Lautsprecher mitgeteilt wurde, „bereits die Farben der Marineflieger trägt". Die Umrüstung des Flugtransportgeschwaders 63 aus Erfde auf Transall ist vollzogen. Mehrere Einsätze hat dieses Geschwader schon hinter sich, um die Anflugbedingungen usw. zu erkunden. 1970 in die Türkei „Erdbebenhilfe", 1971 nach Ostpakistan der „Flutkatastrophe" wegen. 1972 nach Algerien zur „Erdbebenhilfe", 1973/74 nach Äthiopien wegen „Hilfsmaßnahmen für die Hungerkatastrophe". Vom Flugplatz Hohn sind die Transportflüge in den Libanon gestartet. Von diesen Flugplätzen aus kann dann auch leicht der Einsatz der Bundeswehr als „UN-Friedenstruppe nach Afrika erfolgen, wie Schmidt ihn bereits nach dem NATO-Gipfel angekündigt hat. Notwendig dazu ist, die Soldaten einsatzbereit und den Flugzeugträger Schleswig-Holstein sicher zu machen. Scheel, Bundespräsident, hat davon gesprochen, die Soldaten nicht nur an den Waffen auszubilden, sondern sie auch im Sinne der Freiheit zu ertüchtigen, ohne die wäre die Waffenausbildung nutzlos. Er meint damit gefährlich, weil die Gewehre leicht umgedreht und die Panzer die Fahrtrichtung ändern können.

Mit der gegenwärtigen Prozeßwelle gegen die SRK's Holstein und Flensburg/ Westküste soll die Einsatzbereitschaft erhöht und die organisierte Soldatenbewegung zerschlagen werden. Die Verbesserung der revolutionären Arbeit in der Armee und gegenüber der Armee ist allemal das beste Mittel, die Prozeßwelle zu brechen und die Einsatzbereitschaft der Armee zu zersetzen.

DÄNEMARK

Westerland Marinelager (Butter)

Leck (Marinedepot: Munition, Reparatur, Torpedos, Grund- und Treibminen)

Leck (Phantom) (Aufklärungsgeschwader 52)

Fl Harrislee (Verpflegung, Konserven, Epas)

Flensburg (Panzerjäger, Marine)

Ladelund (Reifen, Panzerketten, Fahrzeuge, Instandsetzung von Panzern)

Eggebek (Starfighter, Marinelager)

Bredstedt Stollberg (Radar, Flarak

Jübek (Motoren)

Treia (Treibstoffdepot)

Lührschau (Benzin, Versorgung)

Depots: Silberstedt

Ohrstedt Ahrensviöl (Treibstoffkanister)

Wallsbüll ((Betriebsstoff, großes Tanklager)

Oster-Ohrstedt (Benzin)

Schuby (Pionierlager)

Ohrstedt Ohlingslust (Bekleidung)

Wester-Ohrstedt (Treibstoffdepot)

Jagel (Marineflieger, Tornado)

Husum/Schwesing (Fiat G 91 auf Alpha Jet, Flugabwehrraketenabteilung) (Leichtes Kampfgeschwader 41)

Eckernförde (Ausrüstungsdepot für Marine)

Schwabstedt-Hude

Tönning (Marinedepot)

Seeth (Betriebsstoff und Material)

Hohn (Transportflüge, Libanon u. Zaire) (Militärflugplatz, Lufttransportgeschwader 63)

Krummenort (Flugplatzkaserne)

Erfde (LTG Einheit 1961 in Dienst gestellt in Celle, seit 67 nach Erfde verlegt; Umrüstung auf Transall C 160)

Einsätze:
1970 Türkei Erdbebenhilfe
1971 Ostpakistan Flugkatastrophe
1972 Algerien Erdbebenhilfe
1973/74 Äthiopoien Hungerkatstrophe

NORDSEE

Einheiten

Flugplätze

Depots

ZANLA hat in der Armee Unterstützung

Fünf Tage Arrest wegen „Nötigung eines Vorgesetzten" wurde in dieser Woche aus der Nachschubkompanie 330 Lingen gemeldet. Was war vorgefallen? Der Gefreite Figge hatte eine Unterschriftenliste mitunterschrieben, in der sich Soldaten gegen die Arreststrafe eines Soldaten aussprechen, der wegen Tragens der ZANU-Plakette und Eintreten für einen starken Vertrauensmann drei Tage Arrest erhalten hatte. In dieser Unterschriftenliste treten die Soldaten für die Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe und freie politische Betätigung in der Armee ein. Der Gefr. Figge forderte seinen Kompaniechef auf, das ebenfalls zu unterstützen und die Arreststrafe von drei Tagen aufzugeben. Die Offiziere machten aus dieser Aufforderung des Gefreiten „Nötigung des Vorgesetzten" und wiesen eine dagegen erhobene Beschwerde ohne Begründung zurück.

Am Freitag, 23.6., eine Woche vor der Entlassung, wurde der Gefreite für fünf Tage in den Bau gesteckt.

Das Offizierskorps spürt und weiß, daß der bewaffnete Befreiungskampf der Patriotischen Front große Sympathien unter den Soldaten hat und deshalb empfindlich darauf reagiert werden muß. Vor einigen Wochen ist in mehreren Kompanien bekanntgegeben worden, daß die Bestände in den Sanitätsbereichen der Armee besser erfaßt werden müssen, selbst Spindkontrollen bei den Mannschaften wurden durchgeführt, man fürchtete, daß Medikamente für die Unterstützung der ZANLA gesammelt werden. 36 Soldaten aus der Hindenburgkaserne in Oldenburg hatten sich in einem Brief an Bundeskanzler Schmidt, den alle namentlich mit Dienstgrad und Einheit unterschrieben haben, für die Sammlung für die ZANLA-Kompanie eingesetzt und die Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung gefordert.

In Neumünster haben Soldaten in dieser Woche einen Brief zur Unterstützung der ZANU geschrieben; in einem Interview in der Clausewitz-Kaserne in Nienburg haben sich Soldaten vorgenommen, in der nächsten Woche die Sammlung für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA voranzutreiben.

Hauptmann Flüteotte, KpChef der NSchKP 330 Lingen, hatte bereits vor drei Monten, als er das Tragen von Aufklebern gegen z.B. Atomkraftwerke verbot, erhebliche „Zersetzung" befürchtet. Er führte als Beispiel an, daß die US-Soldaten in den Korea-Krieg mit Fotoapparaten wie in den Urlaub eingezogen seien, also nicht den notwendigen Kampfgeist aufgebracht hätten, kein Wunder, daß sie hohe Verluste hätten hinnehmen müssen. Die Soldaten der Nachschubkompanie waren für eine solche Deutung nicht zu erwärmen. Sie vertraten vielmehr die Ansicht, daß „die Amis" schließlich in Korea nichts zu suchen hatten.

Die empfindliche Reaktion der höheren Offiziere zeigt jedoch hauptsächlich ihre ideologische Schwäche gegenüber den Soldaten, die die Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt immer entschiedener unterstützen. Die Bedingun-

aus der Hindenburgkaserne in Oldenburg hatten sich in einem Brief an Bundeskanzler Schmidt, den alle namentlich mit Dienstgrad und Einheit unterschrieben haben, für die Sammlung für die ZANLA-Kompanie eingesetzt und die Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung gefordert.

In Neumünster haben Soldaten in dieser Woche einen Brief zur Unterstützung der ZANU geschrieben; in einem Interview in der Clausewitz-Kaserne in Nienburg haben sich Soldaten vorgenommen, in der nächsten Woche die Sammlung für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA voranzutreiben.

Hauptmann Flüteotte, KpChef der NSchKP 330 Lingen, hatte bereits vor drei Monten, als er das Tragen von Aufklebern gegen z.B. Atomkraftwerke verbot, erhebliche „Zersetzung" befürchtet. Er führte als Beispiel an, daß die US-Soldaten in den Korea-Krieg mit Fotoapparaten wie in den Urlaub eingezogen seien, also nicht den notwendigen Kampfgeist aufgebracht hätten, kein Wunder, daß sie hohe Verluste hätten hinnehmen müssen. Die Soldaten der Nachschubkompanie waren für eine solche Deutung nicht zu erwärmen. Sie vertraten vielmehr die Ansicht, daß „die Amis" schließlich in Korea nichts zu suchen hatten.

Die empfindliche Reaktion der höheren Offiziere zeigt jedoch hauptsächlich ihre ideologische Schwäche gegenüber den Soldaten, die die Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt immer entschiedener unterstützen. Die Bedingun-

gen, die Sammlung für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA schwungvoll in der Armee fortzusetzen, sind daher günstig, um dazu beizutragen, daß bis zur UNO-Vollversammlung im Herbst die Million vollgemacht ist.

NATO-Manöver „Northern Wedding"

40000 Soldaten aus neun NATO-Ländern, darunter die BRD, nehmen an dem NATO-Manöver teil, das sich über Nordatlantik, Nordsee und Ärmelkanal erstreckt. 200 Schiffe, 22 U-Boote und 800 Flugzeuge und Hubschrauber sollen zum Einsatz kommen. Das Manöver liegt im Vorfeld des NATO-Manövers „Bold Guard '78". Schwerpunkte des Manövers „Northern Wedding" sind U-Bootabwehr durch Marinestreitkräfte, U-Jagdeinsätze durch Seeüberwachungsflugzeuge aus sechs Ländern, Transport von Truppen usw.

8000 britische, amerikanische und niederländische Marineinfanteristen sollen auf den Shetlandinseln landen, Briten und Niederländer in Südnorwegen und Amerikaner in Jütland. Geübt werden soll, laut „Kieler Nachrichten" vom 15.8., „die schnelle Verstärkung Europas mit Truppen und Nachschubgütern in Spannungs- und Kriegszeiten". Auch Schleswig-Holstein gehört zu diesem Nordabschnitt.